

An die Oberbürgermeisterin  
der Stadt Bochum  
Frau Dr. Ottilie Scholz

Altes Postgebäude  
Willy-Brandt-Platz 1-3  
44777 Bochum

Telefon: (0234) 910 - 1295 / -1296  
Fax: (0234) 910 - 1297  
email: linksfraktion@bochum.de  
www.linksfraktion-bochum.de

Bochum, den 24.3.2009

## **Anfrage**

zur Sitzung des Rates am 26.3.2009

### **Kosten Cross-Border-Leasing**

DIE LINKE und ihre Vertretung im Rat haben den Cross-Border-Leasing-Vertrag, den die Stadt abgeschlossen hat stets abgelehnt. Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist nicht akzeptabel. Hinzu kommt, dass bereits bei Vertragsabschluss finanzielle Risiken vorhersehbar waren, deren heutiges Ausmaß jedoch alle Befürchtungen übertreffen. Im Zusammenhang mit der vorzeitigen Vertragsauflösung mit dem US-amerikanischen Investor werden die unterschiedlichsten Summen genannt, die die vorfristige Vertragsauflösung die Stadt kosten würde. Sie reichen von einer schwarzen Null über 26 Millionen Euro bis zu einem dreistelligen Millionenbetrag, der auf die Stadt zukommt. Vermutlich nicht in Euro zu beziffern ist der Personalaufwand der Kämmerei. Personelle Ressourcen, die ggf. bei der Einführung des NKF gefehlt haben.

Vor diesem Hintergrund fragt DIE LINKE im Rat der Stadt Bochum:

- 1.) Welche unmittelbaren finanziellen Vorteile hatte die Stadt Bochum zunächst durch das Cross-Border-Leasing-Geschäft?
- 2.) Welche direkten und indirekten Kosten sind der Stadt Bochum nach Unterzeichnung des Cross-Border-Leasing Vertrages bis zum jetzigen Zeitpunkt entstanden?
  - a) durch Zahlung an den Investor
  - b) durch Zahlung an beteiligte Banken
  - c) durch Zahlung an BeraterInnen und RechtsanwältInnen
  - d) durch sonstige Transaktionskosten
- 3.) Welches sind die maximalen Risiken, die das Geschäft noch birgt?

Für die Fraktion

Uwe Vorberg